Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 18. 01. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 9/11

A. Problem

Die Antragstellerin, die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, macht im Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 9/11 geltend, der Deutsche Bundestag habe sie durch den Beschluss des Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 (BGBl. I S. 2313), das am 3. Dezember 2011 in Kraft getreten ist, in ihren Rechten aus Artikel 21 Absatz 1 und Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes verletzt.

B. Lösung

Der Rechtsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 9/11 Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, Prof. Dr. Frank Schorkopf als Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 9/11 Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, Prof. Dr. Frank Schorkopf als Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 18. Januar 2012

Der Rechtsausschuss

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)

Die Antragstellerin, die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, macht im Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 9/11 geltend, der Deutsche Bundestag habe sie durch den Beschluss des Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 (BGBl. I S. 2313), das am 3. Dezember 2011 in Kraft getreten ist, in ihren Rechten aus Artikel 21 Absatz 1 und Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes verletzt.

Mit Schreiben vom 20. Dezember 2011 hat das Bundesverfassungsgericht dem Deutschen Bundestag gemäß § 65 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gelegenheit gegeben, sich in diesem Organstreitverfahren bis zum 27. Februar 2012 zu äußern.

Der **Rechtsausschuss** hat die Verfassungsstreitsache in seiner 70. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 9/11 Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, Prof. Dr. Frank Schorkopf als Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 18. Januar 2012

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) Berichterstatter

